

#



Aufruf Gegen Kürzungen beim Programm Soziale Stadt! Für Nachbesserungen am Bundeshaushalt!

Berlin, im November 2012

Im Rahmen der Haushaltsbereinigungssitzung am 9. November 2012 haben die Haushaltspolitiker der Regierungsfractionen – gegen den Etatentwurf des Bundesbauministeriums und gegen das Votum des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung – die Mittel für das Programm Soziale Stadt über Nacht von 50 auf 40 Millionen zusammengekürzt.

Durch einen speziellen Haushaltsvermerk soll ausgeschlossen werden, dass Minderausgaben bei anderen Programmen der Städtebauförderung zur Stärkung der Sozialen Stadt verwendet werden dürfen. Wiederum soll die Verknüpfung baulich-investiver und sozialer Maßnahmen nur noch eingeschränkt zugelassen sein. Diese Verkürzung des Programmziels haben wir bereits im Vorjahr kritisiert, sie bedeutet faktisch das Aus für das Soziale im Programm Soziale Stadt.

Für die vielen, die sich intensiv dafür engagieren, Stadt- und Wohnquartiere zu stabilisieren, ist die Ausstattung des Programms ein Signal dafür, wie wenig die Regierungskoalition ihr Engagement wertschätzt. Die Entscheidung der Politiker zeigt: sie verkennen die Herausforderungen, vor denen die Menschen und Unternehmen in benachteiligten Stadtquartieren stehen.

Die beabsichtigte Streichung ist auch deswegen unverständlich, weil die Folgen einer Kürzung des Programms Soziale Stadt in den nächsten Jahren mit viel höheren Kosten an anderer Stelle wieder aufgefangen werden müssen. So kann ein nachhaltiger Verschuldungsabbau nicht funktionieren.

Die sozialen Probleme in den Stadt- und Wohnquartieren werden sich in den nächsten Jahren verstärken, weil viele über mehrere Jahre angelegte städtebaulich, sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch integrierte Maßnahmen auslaufen. Hinzu kommt: Die großen Aufgaben des Stadtumbaus können nur dann sozialverträglich gestaltet und ganze Stadtquartiere nur dann energetisch saniert werden, wenn die dort lebenden Menschen beteiligt werden und sie die Erneuerung tatkräftig unterstützen. Das Programm Soziale Stadt ist wie kein anderes geeignet und notwendig, um die erforderlichen Maßnahmen sozial zu flankieren.

Wir fordern alle Mitglieder und Partner unseres Bündnisses auf:

- Unterstützen Sie die Forderung, das Programm Soziale Stadt im Jahr 2013 wieder mit einer den Problemen entsprechenden Mittelausstattung, mindestens jedoch auf dem Niveau des Jahres 2010 (95 Mio EUR), fortzuführen!
- Nutzen Sie die mediale Aufmerksamkeit anlässlich der Verleihung des Preises Soziale Stadt am 24.1.2013 in Berlin – Neukölln dafür, auf die Unterstützung der Menschen in benachteiligten Stadtquartieren aufmerksam zu machen und lokale Bündnisse für sozialen Zusammenhalt zu gründen bzw. einzufordern!

Der Wettbewerb zum Preis Soziale Stadt 2012 hat wiederum ein großes Echo gefunden. Die Preisverleihung findet am Donnerstag, 24. Januar 2012 im Albert - Schweitzer - Gymnasium in Berlin – Neukölln statt.

#

Deutscher Städtetag



GdW Bundesverband
deutscher Wohnungs-
und Immobilienunter-
nehmen



AWO Arbeiterwohlfahrt
Bundesverband



vhw Bundesverband
für Wohnen und
Stadtentwicklung



Schader-Stiftung



Deutscher Mieterbund



Kontaktadresse:

vhw
Bundesgeschäftsstelle
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
buendnis-soziale-stadt@vhw.de